

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: LAG QueerGrün

Beschlussdatum: 15.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 232 bis 244:

~~Wir stehen für ein Baden-Württemberg ein, in dem alle Menschen frei und sicher leben können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder sexueller Orientierung. Wir stärken die Sichtbarkeit und den Schutz von queerem Leben im ganzen Land. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ haben wir im Land bundesweit einen Meilenstein in Sachen Sichtbarkeit von Vielfalt erreicht. Damit verbunden war die Gründung des queeren Landesnetzwerkes. Die über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir Grüne weitergehen und die queere Netzwerkarbeit weiter stärken. Wir bieten jungen queeren Personen mehr Unterstützung und verstärken unsere Ansätze zum Schutz von queeren Personen, insbesondere im ländlichen Raum. Wir kämpfen weiter dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle Benachteiligung für queere Menschen aus Baden-Württemberg verschwinden.~~

Im folgenden Kapitel unseres Wahlprogramms verwenden wir die Bezeichnung Queer für alle Personen, die unter den Begriff LSBATINQ+ fallen.

LSBATINQ+ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, asexuell/aromantisch/agender, trans, intergeschlechtlich, nicht-binär und queer. Das Pluszeichen (+) verdeutlicht, dass diese Aufzählung unvollständig ist und wir die Vielfalt aller Menschen einbeziehen, die sich in ihrer Vielfalt wiederfinden.

„Queerpolitik mit Grün – weil jedes * und + für ein Leben steht.“

Schutz und rechtliche Absicherung für die Queere Community in Baden-Württemberg sind wichtig, um Diskriminierung und Ungleichbehandlung entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Eine rechtliche Absicherung gewährleistet, dass die Rechte jeder Person geschützt werden, indem sie gleiche Chancen auf Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe erhalten. Darüber hinaus hilft dies, Hassverbrechen und Ausgrenzung zu reduzieren, die psychische Gesundheit zu fördern und ein sicheres, inklusives Umfeld zu schaffen, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität frei leben können.

Der Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte in Baden-Württemberg, dessen in Kraft treten Bündnis 90/Die Grünen schon mit der ersten Grün-Roten Regierung erreicht haben (2015), hat bewiesen, dass gezielte Maßnahmen für Vielfalt und Gleichberechtigung nicht nur die Lebensrealität der LSBATINQ+-Community verbessert, sondern die gesamte Gesellschaft voranbringt. Seine Fortschreibung und Verstärkung im Haushalt war essenziell, um bisherige

Erfolge zu sichern und weiter auszubauen. Das damit verbundene Queere Netzwerk BW und seine über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik.

Auf den vielen Christopher Street Days im Land demonstrieren jedes Jahr Hunderttausende Menschen für Akzeptanz und gleiche Rechte von queeren Menschen. Leider werden diese Veranstaltungen zunehmend von Rechtsextremen gestört. Die Polizei leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz dieser Demonstrationen. Wir wollen beim Landesamt für Verfassungsschutz eine Ansprechperson schaffen, um mehr Sensibilität zu erreichen.

Bildungsarbeit und Sensibilisierung sind für Queere Personen wichtig, um Vorurteile abzubauen, Verständnis zu fördern und ein respektvolles Miteinander zu stärken. Durch gezielte Bildungsmaßnahmen werden Menschen für die Herausforderungen und Diskriminierung sensibilisiert, mit denen die Community konfrontiert ist. Dies trägt dazu bei, eine Kultur der Akzeptanz und Inklusion zu schaffen, in der Vielfalt als Bereicherung gesehen wird. Zudem werden Vorbilder und Informationen bereitgestellt, die jungen Menschen helfen, ihre Identität zu verstehen und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Bildungsarbeit schafft Wissen und baut Vorurteile ab. Indem wir bereits in Schulen, Universitäten und Weiterbildungen Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt altersgerecht ansprechen, fördern wir Offenheit und Verständnis.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Betroffenen, der Stärkung von Präventionsangeboten an Schulen und dem Schutz besonders gefährdeter Gruppen, wie der Queeren Community.

Mit gezielter Aufklärung, Beratung und Sensibilisierung schaffen wir Bewusstsein und setzen auf Bildung statt Ausgrenzung.

Baden-Württemberg hat mit dem Bildungsplan 2016, der Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ und zahlreichen Fortbildungs- und Beratungsangeboten bereits wichtige Fortschritte erzielt.

Mit dem Runden Tisch „Schule queer gedacht – Schule als sicherer Ort für Queere Menschen und Lernort für Queere Themen“ setzen wir diesen Weg konsequent fort. Er bündelt Expertise aus Bildung, Verwaltung und Zivilgesellschaft, schafft Raum für Austausch und entwickelt konkrete Maßnahmen weiter.

Die freiwilligen Angebote bezüglich der queeren Themen in der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildung konnten deutlich ausgeweitet werden. Wir streben eine größere Verbindlichkeit an, so dass sich beispielsweise künftig alle Lehramtsstudierende unabhängig vom studierten Unterrichtsfach mit diesem Themenkreis befassen.

Mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag wird die Queere Community (vertreten durch den LSVD) künftig im Rundfunkrat des SWR vertreten sein. Damit sind LSBATINQ+-Personen erstmals offiziell in der Programmaufsicht des Senders präsent.

In vielen Ländern werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, und einige finden diesen in Baden-Württemberg. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass mit Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf in Erstaufnahmestellen entsprechend sensibel umgegangen wird. Wir unterstützen die Arbeit von queeren Organisationen wie PLUS in Mannheim, der Rosa Hilfe in

Freiburg oder der Weissenburg in Stuttgart weiter, die mit Beratung und Vernetzung niedrigschwellige Unterstützung für queere Geflüchtete bieten.

Geschlechtergerechtigkeit ist mehr als geschlechtergerechte Sprache („Gendern“). Akzeptanz und gleiche Rechte funktionieren nur, wenn die Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen gewährleistet ist. Wir Grünen lehnen daher das Verbot von Weiterentwicklungen der deutschen Sprache generell ab. Insbesondere wird es mit grüner Regierungsbeteiligung kein sogenanntes Genderverbot geben. Sprache transportiert Informationen, daher ist auch hier Gerechtigkeit unabdingbar. Die Welt ist nicht binär. Es gibt mehr als zwei Geschlechter.

Wir setzen uns dafür ein, dass queersensible und gendersensible Medizin und Pflege bereits in der universitären Ausbildung von Mediziner*innen, Pflegefachkräften und Therapeut*innen umfassend gelehrt wird. Studierende sollen die gesundheitlichen Bedürfnisse von Queeren Personen sowie die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Prävention, Diagnostik und Therapie von Anfang an kennenlernen.

Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, diese Kompetenzen auch in der praktischen Ausbildung und Fortbildung zu verankern: in Kranken- und Altenpflegeschulen, in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie in allen Weiterbildungsangeboten für Pflege- und Betreuungspersonal. Ziel ist eine Versorgung, die alle Menschen respektvoll, kompetent und gleichberechtigt unterstützt, Diskriminierung abbaut und auf die individuellen Bedürfnisse von Patient*innen eingeht.

Die Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten in Baden-Württemberg ist für die Queere Community wichtig, um Menschen in schwierigen Lebenslagen kompetente Hilfe und sichere Anlaufstellen zu bieten. Diese Angebote unterstützen Betroffene bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen, Identitätsfindung und psychosozialen Herausforderungen. Wir Grüne setzen uns auf kommunaler und regionaler Ebene für eine verlässliche und angemessene Förderung ein.

Da hier für queere Jugendliche oft die Entfernung zur nächsten größeren Stadt einen barrierefreien Zugang zur Beratung erschwert, braucht es neben den persönlichen Angeboten in allen Landkreisen auch digitale Angebote, insbesondere im ländlichen Bereich.

Erinnerungskultur bewahrt die Geschichte und Erfahrungen der queeren Community. Sie ist ein wichtiger Baustein, um vergangene Ausgrenzungen und Verfolgungen sichtbar zu machen und daraus zu lernen. Gleichzeitig gibt es die berechtigte Sorge vor einem Rollback, dass erreichte Rechte und gesellschaftliche Anerkennung wieder infrage gestellt werden könnten. Wir setzen uns deshalb auch weiterhin auf Bundesebene dafür ein, dass sexuelle Identität ausdrücklich in Art. 3 Abs. 3 GG aufgenommen wird, da queere Menschen als einzige Gruppe, die im Nationalsozialismus verfolgt wurde, bislang keinen ausdrücklichen Schutz vor Diskriminierung im Grundgesetz genießen.

Außerdem möchten wir das Familien- und Abstammungsrecht auf Bundesebene modernisieren und an die heutigen Lebensrealitäten anpassen. Familie ist mehr als die klassische Kleinfamilie – sie ist vielfältig: Menschen, die zusammenleben und füreinander Verantwortung tragen, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien, Großeltern, die Kinder betreuen, und Familien mit mehreren Generationen unter einem Dach. Unser Ziel ist ein Recht, das diese Vielfalt anerkennt, schützt und allen Familien gleiche Chancen und Sicherheit bietet.

Baden-Württemberg wird mit uns Grünen im Bundesrat eine verlässliche und kraftvolle Stimme für Vielfalt, Akzeptanz und gleiche Rechte sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Regenbogenfamilien endlich die Unterstützung bekommen, die sie verdienen. Wir stärken den Schutz vor Diskriminierung, klar, konsequent und wirksam. Und wir stehen für die Menschenrechte queerer Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit.

Begründung

Der Text ist zu allgemein und beschreibt vor allem bereits erreichte Maßnahmen wie den Aktionsplan und das queere Landesnetzwerk, ohne konkrete politische Forderungen, Ziele oder Maßnahmen für die kommenden Jahre zu benennen.

Der Schutz und die Unterstützung der queeren Community sind heute wichtiger denn je. Viele Betroffene erleben zunehmende Anfeindungen von rechts und äußern berechtigte Sorgen vor einem gesellschaftlichen Rollback ihrer hart erkämpften Rechte. Eine klare, respektvolle Sprache, verlässliche rechtliche Absicherung und gut erreichbare Bildungs- und Unterstützungsangebote schaffen Orientierung, Sicherheit und Sichtbarkeit.

Das Wahlprogramm deckt nicht die Breite der Themen ab, die für die queere Community aktuell relevant sind, von Gesundheit, Bildung und Schutz besonders gefährdeter Gruppen bis zu rechtlicher Absicherung und Sichtbarkeit in Medien und Verwaltung.

Das ist problematisch, da die queere Personen ein erhebliches Wählerpotenzial darstellen, das zunehmend auf politische Positionierung, konkrete Maßnahmen und glaubwürdige Umsetzungspläne achtet. Bleiben diese unklar, steigt die Gefahr, dass diese Wählergruppe zur Links Partei abwandert.

Ohne konkrete Inhalte wirkt das Wahlprogramm daher unvollständig, signalisiert mangelnde Ambition und riskiert den Verlust einer wichtigen, gut informierten und mobilisierbaren Wählergruppe.